

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Freitag, 2. September 2016 · Nr. 204 · 237. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · € 4.90

Klimapolitik stösst auf breite Kritik

Bundesrat will CO₂-Emissionen bis 2030 halbieren

Mit einer höheren CO₂-Abgabe auf Brennstoffen und Abgasvorschriften für Autos soll der Kohlendioxidausstoss gegenüber 1990 halbiert werden. Die Wirtschaft fordert eine flexiblere Handhabung der CO₂-Kompensation im Ausland.

For. Bern · Die Regierung hat am Donnerstag ihren Plan zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens vorgelegt. Sie will die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Davon sollen mindestens 30 Prozent in der Schweiz und maximal 20 Prozent im Ausland reduziert werden. Gegenüber dem heutigen Ausstoss bedeutet dies eine Reduktion der CO₂-Emissionen im Inland bis 2030 um rund ein Viertel. Umweltministerin Doris Leuthard bezeichnete die Ziele als ehrgeizig, aber realistisch.

Um den Absenkungspfad zu erreichen, setzt der Bundesrat auf bereits bekannte Instrumente wie die CO₂-Abgabe auf Brennstoffen und Emissionsvorschriften für Neuwagen. Die CO₂-Abgabe soll auf maximal 240 Franken pro Tonne CO₂ steigen. Heute liegt sie bei 84 Franken. Ein Teil der Einnahmen fliesst ins Gebäudeprogramm, das 2025 durch Mustervorschriften ersetzt wird. Künftig muss auch die Landwirtschaft einen Beitrag leisten. Bis heute (Stand

2014) wurden im Inland die Treibhausgasemissionen um 9 Prozent gesenkt. Das bestehende CO₂-Gesetz sieht bis 2020 eine Reduktion um 20 Prozent vor. Beim Verkehr, der dieses Ziel voraussichtlich deutlich verfehlen wird, sieht der Bundesrat keine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen vor.

Umweltverbänden und der Linken geht der Bundesrat zu wenig weit. Die Vorschläge des Bundesrats führen laut der Klima-Allianz zu einer Verlangsamung des Umbaus in Richtung CO₂-freie Schweiz. Für den Wirtschaftsverband Swisscleantech liegt das Reduktionspotenzial in der Schweiz deutlich über 30 Prozent. Demgegenüber sieht die SVP in der Vorlage massive neue staatliche Vorschriften und Verbote, was zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit führe. Sie kritisiert auch das vom Bundesrat bis 2029 angedrohte Verbot von fossilen Heizungen.

Die FDP und der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse stehen grundsätzlich hinter dem Reduktionsziel des Bundesrats. Sie wehren sich aber gegen eine im Voraus festgelegte Aufteilung der Ziele im In- und Ausland. Die Schweiz sollte laut Economiesuisse zwar möglichst viel Emissionen im Inland einsparen. Das Ziel sollte aber nicht vorher definiert werden. Aus klimapolitischer Sicht seien Investitionen im Ausland effizienter.

Schweiz, Seite 13



TOM SAATER FÜR NZZ

DIE NIGERIANISCHE 20-MILLIONEN-METROPOLE

Goldgräberstimmung in Lagos

WOCHENENDE SEITE 49–52

Ängste bei Gemeinden

Die Unternehmenssteuerreform III hat es schwer in Zürich

cn. · Der Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker (svp.) hat derzeit keinen leichten Stand. Der in seiner Direktion ausgearbeitete Vorschlag zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III stösst bei den Gemeinden auf Kritik. Nicht nur die rot-grün dominierte Stadt Zürich sowie Winterthur lehnen Stockers Vorschlag ab, auch beim bürgerlichen Zürcher Gemeindepräsidentenverband löst die Vorlage Ängste aus. Während die Gemeindepräsidenten vor wegbrechenden Steuererträgen warnen und Steuererhöhungen für die natürlichen Personen prophezeien, spricht

Ernst Stocker von einem pragmatischen Kompromiss. Im Streitgespräch mit seinem Stadtzürcher Amtskollegen Daniel Leupi (gp.) zeigt der ehemalige Stadtpräsident von Wädenswil zwar Verständnis für die Sorgen der Gemeinden, er hält die beschlossene Senkung des kantonalen Gewinnsteuersatzes und die Nutzung aller vom Bund zur Verfügung gestellten Sonderinstrumente aber für unumgänglich und die Reform für vertretbar. Daniel Leupi dagegen fordert Nachbesserungen. Die Belastung sei für die Gemeinden nicht tragbar.

Zürich und Region, Seite 18, 19

Heiligsprechung im Eilverfahren

Hunderttausende Gläubige zur Kanonisierung von Mutter Teresa in Rom erwartet

spl. Rom · Am Sonntag findet die Heiligsprechung Mutter Teresas statt. Hunderttausende werden auf dem Petersplatz erwartet. Die kleine Nonne mit dem weiss-blauen Ordensgewand ist die perfekte Symbolfigur für das Heilige Jahr der Barmherzigkeit und das Pontifikat von Franziskus ganz allgemein. Der Papst sieht Solidarität und Sorge für die Armen als Hauptaufgabe der Kirche, und Mutter Teresa hat mit ihrem Engagement in indischen Slums wie kaum jemand christliche Nächstenliebe vorgelebt.

So schnell wie der «Engel der Armen» sind denn auch wenige heilig-

gesprochen worden. Bereits sechs Jahre nach ihrem Tod 1997 war Mutter Teresa von Papst Johannes Paul II. seliggesprochen worden. 2015 anerkannte Franziskus zwei von ihr vollbrachte «Wunder», die für eine Heiligsprechung nötig sind. Zumindest eines davon – die Heilung einer Krebskranken in Indien – ist höchst umstritten.

Die 1910 im heutigen Mazedonien geborene Anjeze Gonxha Bojaxhiu hatte als 40-Jährige in Kalkutta den Orden «Missionarinnen der Nächstenliebe» gegründet und sich bis zu ihrem Tod dort um Kranke und Sterbende gekümmert.

1979 erhielt sie den Friedensnobelpreis und wurde zur Ikone der Nächstenliebe. Heute zählt ihr Orden 4500 Mitglieder und ist in 133 Ländern präsent.

Das Wirken von Mutter Teresa ist aber nicht unumstritten, und gegen die Heiligsprechung gab es durchaus auch Widerstand. 2013 erhoben kanadische Wissenschaftler schwerwiegende Vorwürfe gegen die Ordensschwester. In ihren Einrichtungen sollen Kranke unter katastrophalen Bedingungen dahingevegetiert haben, und selbst Schwerstkranken seien Schmerzmittel verweigert worden.

International, Seite 7

ANZEIGE

Zürich - Pelikanstrasse 6 - 044 211 11 41

FRANZ BECKENBAUER
Auch Schweiz ermittelt wegen Vergabe der Fussball-WM 2006 SEITE 13

GELD FÜRS OPERNHAUS
Aargauer FDP verlangt Einstellung der Beiträge SEITE 17

BRIAN MOYNIHAN
Der CEO hat seine Bank of America neu ausgerichtet SEITE 29

DER AFFE UND WIR
Die tierische Natur ist das Rohmaterial für den Menschen SEITE 41

WELTKLASSE ZÜRICH
Elaine Thompson über 200 m schneller als Dafne Schippers SEITE 47

MENSCHLICHE ORGANE IN TIEREN
Wenn Spender fehlen, könnten Chimären aushelfen SEITE 58, 59

WETTER
Heute meist sonnig und sehr warm, trotz zeitweise vorüberziehenden Wolken. Auch im Süden meist sonnig und warm. Seite 23

TV/Radio 43, Traueranzeigen 8, 22
Sportresultate 44, Kino 40

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, weitere Angaben im Impressum: Seite 9

□
9 771420 531061 1 6 2 0 4

Kantone und Gemeinden haben mit ihren Beteiligungen an Energieunternehmen Milliarden verloren **SEITE 15**

Die Giftmülldeponie in Bonfol im Jura ist saniert – nach hartem Widerstand der Basler Chemiefirmen **SEITE 16**

Neuer Schatten über dem Sommermärchen

Deutsche Fussballprominenz im Visier der Schweizer Bundesanwaltschaft

Im Zusammenhang mit der Vergabe der Fussball-WM 2006 führt die Bundesanwaltschaft seit bald zehn Monaten ein Strafverfahren gegen Franz Beckenbauer und weitere Funktionäre. Am Donnerstag fanden diverse Hausdurchsuchungen statt.

STEFAN OSTERHAUS, MARCEL GYR

Über unerklärliche Geldflüsse in der Höhe von rund 10 Millionen Franken, die im Vorfeld der Fussball-WM 2006 in Deutschland über das damalige Organisationskomitee (OK) geflossen sind, hat sich schon manche Instanz gebeugt. Bis anhin nicht bekannt war, dass diesbezüglich auch die Schweizer Bundesanwaltschaft Ermittlungen führt. Erst am Donnerstag gab sie bekannt, dass seit dem 6. November 2015 gegen den damaligen OK-Präsidenten Franz Beckenbauer und die weiteren OK-Mitglieder Wolfgang Niersbach, Theo Zwanziger und Horst R. Schmidt ein Strafverfahren läuft. Der Verdacht lautet auf Betrug, ungetreue Geschäftsbesorgung, Geldwäscherei und Veruntreuung.

Von Sarnen nach Katar

Laut Auskunft von André Marty, dem Sprecher der Bundesanwaltschaft, handelt es sich um eines von rund einem Dutzend Verfahren, die derzeit in Sachen Fussball geführt werden. Ein weiteres dieser Strafverfahren richtet sich auch gegen den früheren Präsidenten des Weltfussballverbandes Fifa, Joseph Blatter.

Anlass, das Verfahren gegen die deutschen Verbandsfunktionäre am Donnerstag publik zu machen, waren Hausdurchsuchungen und begleitete Editionen – freiwillige Übergaben von Beweismitteln – an insgesamt acht Orten in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich. In diesem Rahmen wurde zudem die Wohnung eines langjährigen Beraters von Franz Beckenbauer in der Ostschweiz durchsucht. Eine entsprechende Meldung von tages-



Unter Verdacht: Franz Beckenbauer, OK-Präsident der WM 2006 in Deutschland.

MICHAELA REHLE / REUTERS

anzeiger.ch wurde von der Bundesanwaltschaft bestätigt.

Die Geldströme, die jetzt von der Bundesanwaltschaft untersucht werden, hat der Deutsche Fussball-Bund (DFB) bereits im vergangenen Herbst von einer Kanzlei unter die Lupe nehmen lassen. Allerdings muten die Erklärungen um den Verbleib des Geldes auch mit der Distanz von mehr als einem Dreivierteljahr abenteuerlich an. Im Kern geht es um eine Zahlung von 6,7 Millionen Euro – zum damaligen Wechselkurs rund 10 Millionen Franken –, die letztlich in Katar landeten, auf dem Konto eines Konsortiums des inzwischen lebenslanglich gesperrten Fifa-Exekutivmitglieds Mohamed bin Hammam. Zu welchem Zweck dieses Geld verwendet wurde, ist bis heute unklar. Der Verdacht, dass mit-

hilfe dieser 6,7 Millionen Euro die Stimmen von Fifa-Exekutivmitgliedern gekauft wurden, um die WM 2006 nach Deutschland zu holen, konnte aber nie entkräftet werden.

Jedenfalls sind sämtliche in Umlauf gesetzten Versionen fragwürdig und weisen Ungereimtheiten auf. Aus dem DFB hiess es, bei der Summe handle es sich um eine Vorleistung, um einen Zuschuss der Fifa für das WM-Kulturprogramm zu erhalten – eine Version, die von der Fifa-Zentrale in Zürich nie bestätigt wurde und die auch kaufmännisch überhaupt keinen Sinn ergibt.

Klar ist in jedem Fall, dass seinerzeit der ehemalige Adidas-Chef Robert Louis-Dreyfus als Darlehensgeber des DFB in Erscheinung trat. Angeblich sei das Geld im Organisationskomitee nicht

vorhanden gewesen, so dass man nicht unglücklich darüber gewesen sei, dass Louis-Dreyfus ausgeholfen habe. Der Franzose hatte auch dem ehemaligen Bayern-Präsidenten Uli Hoeness Geld geliehen, mit dem dieser an der Börse spekulierte.

Klar ist auch: 6 Millionen Franken flossen Ende Mai 2002 über ein Kanzleikonto in Sarnen (woraus sich die Zuständigkeit der Schweizer Behörden ergibt), dessen Inhaber Beckenbauer sowie dessen mittlerweile verstorbener Berater Robert Schwan waren. Von Sarnen aus gelangte der Betrag nach Katar zur Firma Bin Hammams.

Beckenbauer erhielt den Betrag später von Louis-Dreyfus zurück. Das aufwendige Konstrukt scheint vor allem dem Zweck gedient zu haben, diesen

Geldfluss zu vertuschen. Erste Details der Affäre waren durch Veröffentlichungen des Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» ans Tageslicht gekommen. Daraufhin beauftragte der DFB, noch unter dem Präsidenten Wolfgang Niersbach, eine Kanzlei, die den Verbleib des Geldes aufklären sollte. Tatsächlich gelang es, den Fluss der Millionen zu rekonstruieren – und somit auch Beckenbauers Verbindung in die Schweiz aufzudecken.

Aber im DFB erklärte man nach der Veröffentlichung des Kanzlei-Berichtes, die Untersuchung habe keine Belege für einen Stimmenkauf ergeben. Das ist zwar zutreffend, doch als Entlastungsargument taugt dies nicht. Es ist genauso wenig belegt, dass eben keine Stimmen von Fifa-Exekutivmitgliedern gekauft wurden, um die WM 2006 nach Deutschland zu holen. Die Ausmarchung um den Austragungsort war äusserst eng. Der damalige Fifa-Präsident Blatter hatte sich im Vorfeld für Südafrika ausgesprochen. Die Abstimmung des Fifa-Exekutivkomitees fand im Juli 2000 in Zürich statt. Im dritten Wahlgang erhielt Deutschland 12 Stimmen und Südafrika 11. Kurz vor der entscheidenden Abstimmung hatte der neuseeländische Delegierte das Wahllokal entnervt verlassen.

Steuerverfahren in Deutschland

Niersbach konnte sich nach Bekanntwerden der Affäre nicht im Amt halten. Er trat zurück. Zudem sperrte ihn die Fifa-Ethikkommission für alle möglichen Ämter im Weltfussball wegen Verstössen gegen den Ethik-Code. Ausserdem sieht sich Niersbach – wie auch sein Vorgänger Theo Zwanziger und der ehemalige DFB-Generalsekretär Horst R. Schmidt – in Deutschland einem Verfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung in einem besonders schweren Fall ausgesetzt. In der Steuererklärung des Verbandes sind die 6,7 Millionen Euro als Betriebsausgabe für das WM-Kulturprogramm ausgewiesen. Bestätigt sich der Verdacht, droht dem DFB der Verlust der Gemeinnützigkeit für den betreffenden Zeitraum, was Steuernachzahlungen in Millionenhöhe bedeuten würde.

Leuthard prognostiziert Klima-Knatsch

Parlament debattiert über Pariser Klimaabkommen

Die Debatte über die Schweizer Klimapolitik bis 2030 ist eröffnet. Strittig ist vor allem die Höhe der CO₂-Kompensationen im Ausland.

For. Bern · Im vergangenen Dezember hatte die Staatengemeinschaft das Klimaabkommen von Paris verabschiedet mit dem Ziel, die Erderwärmung global deutlich unter 2 Grad zu halten. Das Abkommen verpflichtet alle Staaten, Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgase zu ergreifen. Nun legt der Bundesrat das Abkommen dem Parlament vor und hofft auf eine Genehmigung bis zur Sommersession 2017. In diesem Fall wäre die Schweiz voraussichtlich bei der ersten Vertragsparteienkonferenz dabei und könnte mitgestalten. Dort werden wichtige Details zur Umsetzung des Pariser Abkommens entschieden, vergleichbar mit der in der Schweiz in Verordnungen enthaltenen Regelungen. Das Parlament kann das Abkommen nur integral annehmen oder ablehnen.

Die Umsetzung des Abkommens in der Schweiz läuft über eine Totalrevision des bestehenden CO₂-Gesetzes. Dieses sieht eine Reduktion der Treibhausgasemissionen im Inland um 20 Prozent bis 2020 vor – gegenüber dem Stand von 1990. Bis heute (Stand 2014) beträgt der Rückgang 9 Prozent. Allerdings gilt zu beachten, dass erst seit 2008 mit der CO₂-Abgabe auf Treibstoffen Instrumente vorhanden sind. Während

die Industrie ihr Ziel bis 2020 voraussichtlich erreichen wird, dürfte es der Verkehr klar verfehlen. Bei den Gebäuden liegen die Ziele laut Bund in Reichweite, hängen aber stark vom Wetter ab. Bis 2030 soll der CO₂-Ausstoss um 30 Prozent sinken. Schafft die Schweiz das 20-Prozent-Ziel bis 2020, sind dies weitere 10 Prozent zwischen 2020 und 2030. Sonst müssten die nicht erreichten Ziele aus der Vorperiode aufgeholt werden.

Schweizer Unternehmen sollen Emissionsrechte EU-weit handeln können

gmü. Bern · Teil der Klimapolitik ist bereits heute ein Emissionshandelssystem (EHS). Es ist vom Handel mit ausländischen Emissionszertifikaten zu unterscheiden. Das EHS ist ein geschlossener Klub, bei dem derzeit 56 besonders CO₂-intensive Schweizer Industrieunternehmen dabei sind, die rund zehn Prozent der Treibhausgasemissionen verursachen. Manche müssen mitmachen – und manche wollen, um sich so von der CO₂-Abgabe zu befreien. Das System leistet

einen Beitrag an die CO₂-Reduktion, indem die Menge an Emissionsrechten beschränkt und jährlich reduziert wird. Die Unternehmen können diese Rechte untereinander handeln. Mit dem geplanten Anschluss an das EHS der EU ändert sich daran grundsätzlich nichts. Die Effizienz des Systems stiege aber, weil der Teilnehmerkreis – vor allem aus Schweizer Sicht – deutlich erweitert und damit Liquidität und Stabilität erhöht würden; neu würden zudem die Luft-

Zusätzlich sollen 20 Prozent der Verminderungen im Ausland erfolgen, was dann insgesamt eine Reduktion der Reduktion der Treibhausgasemissionen von 50 Prozent bis 2030 ergibt. Weil die Schweiz viele Güter importiere und dabei CO₂-Emissionen im Ausland verursache, sei diese Art von Kompensation gerecht, sagte Umweltministerin Doris Leuthard am Donnerstag vor den Medien. Sie erwartet indes um dieses

fahrt und fossil-thermische Kraftwerke in das EHS eingebunden, und Schweizer Unternehmen könnten von den tieferen CO₂-Vermeidungskosten in der EU profitieren. Der Bund erwartet bis 2020 eine Reduktion um 0,8 Millionen Tonnen CO₂ dank dem EHS; bis 2030 sollen es zusätzliche 1,2 Millionen Tonnen sein.

Selbst bei einer Verknüpfung mit der EU gälte dieser Beitrag als inländische Reduktionsmassnahme – dies im Gegensatz zum Kauf von Emissionszertifi-

Verhältnis einen grossen politischen Knatsch. Bei der Kompensation im Ausland können sich Schweizer Firmen über Zertifikate an konkreten Klimaschutzprojekten beteiligen. Zu heutigen Preisen gerechnet entstehen der Wirtschaft daraus pro Jahr Kosten von rund 50 Millionen Franken. Die Zertifikate sind jedes Jahr neu zu kaufen.

Die Vorlagen sind bis Ende November in der Vernehmlassung.

katen, die durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern erzeugt werden. Dieses Instrument soll es künftig vor allem den Treibstoffimporteuren erlauben, ihre Schweizer Emissionen kostengünstig im Ausland zu kompensieren. In solche Zertifikate fliesst übrigens auch das Geld, das Fluggäste freiwillig an die Stiftung Myclimate zahlen, um ihren CO₂-Ausstoss zu kompensieren. An das Schweizer Klimaziel angerechnet wird dieser persönliche Effort indes nicht.